



**BÜRGERRAT**

Deutschlands Rolle  
in der Welt

## Der Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ und der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP 2021

2021 hat der Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ 32 Empfehlungen zu den Themenfeldern Frieden & Sicherheit, Demokratie & Rechtsstaat, EU, Wirtschaft & Handel sowie Nachhaltigkeit formuliert. Diese waren am 19. März 2021 an Bundestagspräsident Schäuble und die Bundestagsfraktionen übergeben worden.

Hier ein Vergleich der Empfehlungen mit dem Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP 2021. Der Vergleich zeigt zahlreiche Übereinstimmungen zwischen den Vorschlägen des Bürgerrates und den Vereinbarungen der Koalitionspartner.

Bewertung: **entspricht der BR-Forderung**; **geht in Richtung der BR-Forderung**; **läuft der BR-Forderung entgegen**; **nicht behandelt/keine belastbare Aussage**

## Wirtschaft und Handel

Empfehlung Bürgerrat	Formulierung Koalitionsvertrag
Fairness, Menschenwürde, Transparenz und Nachhaltigkeit müssen sich in konkreten rechtlichen Normen in den Handelsabkommen widerspiegeln	„Wir unterstützen die Neuausrichtung der EU-Handelsstrategie und wollen die künftigen EU-Handelsabkommen mit effektiven Nachhaltigkeitsstandards unter Anwendung eines Streitbeilegungsmechanismus ausstatten“ (34)
Förderung lokaler Produktionskapazitäten in wirtschaftlich schwächeren Partnerländern	Keine Aussage
Beseitigung von Missständen in diesen Ländern	Keine Aussage
Den Austausch im Handwerk und bei Ausbildungsberufen fördern	Keine Aussage
Für eine ausgeglichene Handelsbilanz einsetzen	Keine Aussage
Mehr in Forschung und Digitalisierung investieren	„Wir treiben eine umfassende Digitalisierung voran...auch die Wirtschaft soll in der Verwaltung einen Verbündeten haben“ (5) „Wir wollen den Anteil der gesamtstaatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des BIP bis 2025 erhöhen“ (19) „Wir streben eine ausgewogene regionale Verteilung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen auch innerhalb der großen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen an“ (36)
Geistiges Eigentum und deutsche High Tech-Schlüsselunternehmen vor der Übernahme durch Investoren aus totalitären Staaten schützen	„Wir wollen prüfen, ob bei klar definierten Sicherheitsgefährdungen durch die Übernahmen kritischer Infrastrukturen durch ausländische Investoren das rechtliche Instrumentarium ausreicht und ggf. geeignete Instrumente dafür schaffen, damit die Bundesregierung angemessen und schnell reagieren kann“ (35)
Sich für freien Handel, den Abbau von Handelshemmnissen sowie für die Vereinheitlichung von internationalen Industriestandards und -normen einsetzen	„Wir wollen den regelbasierten Freihandel auf Grundlage von fairen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards stärken und sprechen uns für eine deutsche und europäische Handelspolitik gegen Protektionismus und unfaire Handelspraktiken aus“ (34) „Europa sollte die Chance ergreifen, in einen intensiven Austausch mit der neuen US-Regierung zur Förderung von Handel und Investitionen mit hohen Umwelt- und Sozialstandards einzutreten, um mit dem transatlantischen Wirtschaftsraum globale Standards setzen zu können. Gemeinsam mit den USA wollen wir den multilateralen Handel, die Reform der WTO,

	die Etablierung von ökologischen und sozialen Standards, den Wohlstand sowie die Dynamik eines nachhaltigen Welthandels vorantreiben“ (36)
Lieferkettengesetz beschließen: Einhaltung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards (mehr Details dazu)	„Wir unterstützen ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, basierend auf den UN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte, das kleinere und mittlere Unternehmen nicht überfordert. Das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten wird unverändert umgesetzt und ggf. verbessert. Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission zum Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten. Wir unterstützen das von der EU vorgeschlagene Importverbot von Produkten aus Zwangsarbeit“ (34)
Auf eine gemeinsame europäische Regelung hinarbeiten	s. oben (34)
Abhängigkeiten sollen reduziert werden	„Die strategische Souveränität Europas wollen wir erhöhen. Dies bedeutet in erster Linie eigene Handlungsfähigkeit im globalen Kontext herzustellen und in wichtigen strategischen Bereichen, wie Energieversorgung, Gesundheit, Rohstoffimporte und digitale Technologie, weniger abhängig und verwundbar zu sein, ohne Europa abzuschotten“ (132)
Herkunft der Produkte und Dienstleistungen soll für Verbraucher*innen transparent werden	Keine Aussage
In den kulturellen Austausch mit China und in gemeinsame wissenschaftliche Projekte investieren, die nicht in die wirtschaftlichen Beziehungen betreffen	„Wir werden die institutionelle Förderung von Deutschem Akademischen Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) analog zum Pakt für Forschung und Innovation erhöhen. Asien und China-Kompetenz wollen wir deutlich ausbauen“ (24)
Gutes Verhältnis zu China nutzen, um selbstbewusst Menschenrechte, Umweltschutz und faire Handelsbeziehungen weiter auszubauen und zu fördern	„Auf der Grundlage der Menschenrechte und des geltenden internationalen Rechts suchen wir die Kooperation mit China, wo immer möglich. Wir wollen im zunehmenden Wettbewerb mit China faire Spielregeln“ (157)
Ein starkes Gegenwicht zur Handelsmacht China aufbauen (Allianz mit anderen Ländern)	„Wir streben eine enge transatlantische Abstimmung in der China-Politik an und suchen die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern, um strategische Abhängigkeiten zu reduzieren“ (157)
Sich für eine stärkere Beziehung zu Taiwan einsetzen	„Im Rahmen der Ein-China-Politik der EU unterstützen wir die sachbezogene Teilnahme des demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen“ (157)

Sich dafür einsetzen, dass in der EU-Außenpolitik Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden	„Wir wollen deshalb die Einstimmigkeitsregel im EU-Ministerrat in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durch Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit einsetzen“ (135) „Wir werden Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat nutzen und ausweiten“ (131)
Sich für eine eigenständige europäische Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen	„Wir setzen uns für eine echte Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa ein. Die EU muss international handlungsfähiger und einiger auftreten“ (135)
Sich dafür einsetzen, die Zahl der Flüchtenden zu verringern (Fluchtursachen analysieren)	„Wir werden irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration ermöglichen“ (138) „Wir wollen irreguläre Migration wirksam reduzieren und Ursachen für die lebensgefährliche Flucht bekämpfen“ (141) „Wir wollen die Ursachen von Flucht angehen, damit Menschen in Sicherheit und Würde leben können“ (142)
Klimawandel als Fluchtursache anerkennen	Keine Aussage
Effizientere und nachhaltigere Entwicklungshilfe	Keine Aussage
Die Staaten außerhalb der EU, in die sich Betroffenen zunächst flüchten, sollen vermehrt unterstützt werden	„Besonders in der Verantwortung stehende Aufnahme- und Transitländer von Geflüchteten wollen wir dauerhaft unterstützen, um für die Menschen und die aufnehmenden Gemeinden nachhaltige Perspektiven zu schaffen. Wir werden unseren Beitrag zu einer verlässlichen Finanzierung humanitärer Organisationen leisten“ (142)
Sich für ein Resettlement-Programm der EU einsetzen, um die menschenunwürdigen Zustände in den Lagern an den EU-Außengrenzen zu beenden	„Wir werden die geordneten Verfahren des Resettlement anhand der vom UNHCR gemeldeten Bedarfe verstärken. Wir werden ein humanitäres Aufnahmeprogramm des Bundes in Anlehnung an die bisher im Zuge des Syrien-Krieges durchgeführten Programme verstetigen und diese jetzt für Afghanistan nutzen“ (142)
Sich für eine Reform der gemeinsamen Asylpolitik einsetzen	„Wir bekennen uns zu unserer humanitären Schutzverantwortung und wollen die Verfahren zu Flucht und Migration ordnen“ (7) „Wir setzen uns für eine grundlegende Reform des Europäischen Asylsystems ein. Unser Ziel ist eine faire Verteilung von Verantwortung und Zuständigkeit bei der Aufnahme zwischen den EU-Staaten“ (141)
Für nicht-verfolgte Migrantinnen und Migranten, die nicht asylberechtigt sind, soll ein Einwanderungsgesetz auf EU-Ebene geschaffen werden	Keine Aussage
Sich für eine Koalition der Willigen einsetzen	„Auf dem Weg zu einem gemeinsamen funktionierenden EU-Asylsystem wollen wir mit einer Koalition der aufnahmebereiten Mitgliedstaaten vorgehen und aktiv dazu beitragen, dass andere EU-Staaten mehr Verantwortung übernehmen und EU-Recht einhalten“ (141)

## Frieden und Sicherheit

Empfehlung Bürgerrat	Formulierung Koalitionsvertrag
Wirtschaftliches Eigeninteresse darf nicht der Grund für ein militärisches Engagement sein	Keine Aussage
Bundeswehr soll sich in Einsatzgebieten nach Möglichkeit in nicht-kämpfenden Bereichen engagieren	„der Einsatz militärischer Gewalt ist für uns äußerstes Mittel“ (150)
Ziel des Engagements soll der Aufbau von Demokratie und notwendigen Infrastrukturen, die Sicherung ziviler Dienste, die Verbesserung der humanitären Situation oder auch der Katastrophenschutz sein	Keine Aussage
Präventive Maßnahmen sollen immer den Vorrang haben	„Der Einsatz militärischer Gewalt ist für uns äußerstes Mittel und muss stets in eine realistische politische Bearbeitung von Konflikten und ihrer Ursachen eingebunden sein“ (150)
Einhaltung des 2%-Ziels für die Verteidigungsausgaben gemäß der NATO-Vorgabe	„Wir wollen, dass Deutschland...seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt“ (144)
Modernisierung der Ausstattung und der Fähigkeiten der Bundeswehr	„Die Strukturen der Bundeswehr müssen effektiver und effizienter gestaltet werden mit dem Ziel die Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Dazu unterziehen wir Personal, Material und Finanzen einer kritischen Bestandsaufnahme. Der Modernisierungs- und Digitalisierungsprozess der Bundeswehr wird angemessen parlamentarisch begleitet“ (148) „Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur internationalen Sicherheit. Wir verbessern ihre Ausrüstung wie auch die der Bundeswehr. Wir beschleunigen die Modernisierung der Infrastruktur“ (148)
Verzicht auf autonome Waffensysteme, die Ziele ohne menschliches Zutun auswählen und bekämpfen	„Bewaffnete Drohnen wollen wir verstärkt in internationale Kontrollregime einbeziehen. Letale Autonome Waffensysteme, die vollständig der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab. Deren internationale Ächtung treiben wir aktiv voran“ (145) „Bewaffnete Drohnen können zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz beitragen. Unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten werden wir daher die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode ermöglichen“ (149)
Im Rahmen der Möglichkeiten muss die Verwendung und die Weitergabe von Waffen eingeschränkt und kontrolliert werden	„Wir brauchen eine abrüstungspolitische Offensive und wollen eine führende Rolle bei der Stärkung internationaler Abrüstungsinitiativen und Nichtverbreitungsregimes einnehmen, u.a. bei der Stockholm-Initiative für Nukleare Abrüstung“ (145) „Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik brauchen wir verbindlichere Regeln und wollen

	<p>daher mit unseren europäischen Partnern eine entsprechende EU-Rüstungsexportverordnung abstimmen. Wir setzen uns für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz ein“ (146)</p> <p>„den Rüstungsexportkontrollbericht werden wir transparent gestalten. Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind“ (146)</p> <p>Neuausrichtung durch Ukraine-Konflikt: Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Milliarden als Sondervermögen eingestellt werden, das der Bundeswehr über mehrere Jahre zur Verfügung stehen soll.</p>
Die sozialen Kompetenzen der Bundeswehr sollen gestärkt werden	Keine Aussage
Psychologische Betreuung der Soldat*innen soll ausgebaut werden	„Die umfassende Betreuung und Fürsorge von Soldatinnen und Soldaten und deren Angehörigen wird weiter ausgebaut“ (149)
Deutschland soll früher präventiv aktiv werden	„Die Leitlinien für Krisenprävention, Konfliktberatung und Friedensförderung sind eine gute Basis für Deutschlands Engagement zur Krisenverhütung und Friedensförderung“ (148)
Einrichtung eines beratenden Gremiums, das anhand von (ethischen) Kriterien festlegt, wo sich Deutschland engagieren soll	Keine Aussage
Für Entwicklungsprojekte und ziviles Engagement soll mehr Geld bereitgestellt werden, um bestehende Organisationen weiter auszubauen und zu fördern	„Deutschland wird den Aufwuchs der Mittel für humanitäre Hilfe bedarfsgerecht verstetigen und erhöhen, auch mit Blick auf die sogenannten „vergessenen Krisen“. Wir sind den Zielen des <i>Humanitarian Development Peace Nexus</i> und des <i>Grand Bargain</i> verpflichtet und werden an deren Umsetzung und fortwährender Weiterentwicklung engagiert und aktiv mitwirken. Wir werden dort jeden dritten Euro als flexible Mittel auszahlen und die Lokalisierung weiter ausbauen“ (147)
Einsätze können auch dann durchgeführt werden, wenn die lokale Kultur gegen Menschenrechte verstößt	Keine Aussage
Friedenssichere Einsätze sollen gründlich geplant und evaluiert werden	s. andere.
Verbesserung der Abstimmung sowohl zwischen den beteiligten deutschen Ministerien als auch den internationalen Partnern soll verbessert werden	Keine Aussage
Ein Konzept zur Evaluation von Einsätzen ist notwendige Voraussetzung für eine Mandatserteilung und -verlängerung durch den Bundestag	„Eine regelmäßige Evaluierung von laufenden Auslandseinsätzen werden wir sicherstellen“ (150)
	„Gleichwohl muss jedem Einsatz der Bundeswehr eine kritisch-inhaltliche Auseinandersetzung

	und eine Überprüfung der Voraussetzungen vorausgehen sowie die Erarbeitung möglicher Exit-Strategien“ (150)
Ein übergreifendes Gremium, das nicht ausschließlich durch die Politik besetzt ist, soll aufgebaut werden	Keine Aussage
In größeren Abständen soll eine detaillierte Bewertung von Auslandseinsätzen erfolgen, in der neben dem Ablauf des Einsatzes auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts bewertet wird	s. andere.
Das Vorgehen bei militärischen Engagements und Auslandseinsätzen soll für die deutsche Bevölkerung sowie die Bevölkerung des Einsatzlandes transparent sein	Keine Aussage
Über die Ziele, die Maßnahmen der Einsätze und die Zwischenergebnisse der kontinuierlichen Evaluation soll durch das neutrale Evaluationsgremium selbstkritisch und ausführlich berichtet werden	„Eine regelmäßige Evaluierung von laufenden Auslandseinsätzen werden wir sicherstellen“ (150)

## Demokratie und Rechtsstaat

Empfehlung Bürgerrat	Formulierung Koalitionsvertrag
Sich für eine Reform des UN-Sicherheitsrates einsetzen	„Eine Reform des VN-Sicherheitsrates bleibt ebenso unser Ziel“ (143)

(ständigen Sitz für die EU)	
Sich für die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in der Welt einsetzen	<p>„Die Menschenrechte als wichtigster Schutzschild der Würde des Einzelnen bilden dabei unseren Kompass“ (143)</p> <p>„Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit ist für uns ein unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik für Deutschland und Europa“ (143)</p> <p>„Im globalen Umfeld, in dem auch von zentralen Akteuren die universelle Gültigkeit der Menschenrechte regelmäßig in Frage gestellt wird, wollen wir sie gemeinsam mit unseren Partnern verteidigen und für sie werben“ (146)</p> <p>„Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen muss weltweit beendet werden“ (147)</p>
Bildungsprojekte und der gesellschaftliche Austausch mit Ländern, die keine Demokratien sind, sollen weltweit gefördert werden	„Mit dem Ziel des gegenseitigen Lernens fördern wir den Austausch und Kooperationen zwischen innovativen Akteuren wie Start-ups in Industrie- und Entwicklungsländern“ (152)
Deutschland soll gegen Menschenrechtsverletzungen und für Rechtsstaatlichkeit eintreten, indem die Politik mit der Wirtschaft zusammenarbeitet und Unternehmen in die Pflicht genommen werden	„Basierend auf den VN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte setzen wir uns für einen europäischen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte ein. Wir werden den nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte im Einklang mit dem Lieferkettengesetz überarbeiten“ (147)
Politische/wirtschaftliche Sanktionen sollen nur eingesetzt werden, wenn Menschenrechtsverletzungen vorliegen, wenn die Zivilgesellschaft nachweislich nicht darunter leidet und es keine weiteren Handlungsoptionen mehr gibt	Keine Aussage
Umgang mit Autokratien soll individuell betrachtet werden	Keine Aussage
Deutschland soll sich aufgrund seiner historischen Verantwortung und engen kulturellen Beziehung zu Russland in der EU für ein partnerschaftliches Verhältnis zu Russland engagieren und durch die Partnerschaft demokratische Werte vermitteln	„Wir wollen mit Russland stärker zu Zukunftsthemen (z. B. Wasserstoff, Gesundheit) und bei der Bewältigung globaler Herausforderungen (z. B. Klima, Umwelt) zusammenarbeiten“ (154)
Deutschland soll zwischen Russland und den USA eine vermittelnde und friedensstiftende Rolle einnehmen	Keine Aussage



## Nachhaltige Entwicklung

Empfehlung Bürgerrat	Formulierung Koalitionsvertrag
Deutschland soll Nachhaltigkeit, Klimaschutz, das Recht auf sauberes Wasser und die Bekämpfung des Welthungers als globale Querschnittsaufgabe vorantreiben und ins Zentrum seines politischen Handelns stellen	<p>„Zentrale Zukunftsfelder sind unter anderem: Erstens: Moderne Technologien für eine wettbewerbsfähige und klimaneutrale Industrie in Deutschland. Sicherstellung sauberer Energiegewinnung und -versorgung sowie die nachhaltige Mobilität der Zukunft. Zweitens: Klima, Klimafolgen, Biodiversität, Nachhaltigkeit, Erdsystem und entsprechende Anpassungsstrategien, sowie nachhaltiges Landwirtschafts- und Ernährungssystem“ (20)</p> <p>„Der Schutz von Umwelt und Natur ist daher essenzieller Bestandteil unseres politischen Handelns, die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN sind Richtschnur unserer Politik“ (25)</p> <p>„Wir nutzen die Europäische Union und die internationalen Gremien gemeinsam mit europäischen Partnern für eine Initiative zur Gründung eines für alle Staaten offenen internationalen Klimaclubs mit einem einheitlichen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis und einem gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich“ (26)</p> <p>„Wir erhöhen die Verbindlichkeit von Nachhaltigkeitsstrategien, -zielen und -programmen im konkreten Regierungshandeln und bei der Erstellung von Gesetzen und stärken parlamentarische Beteiligungsrechte“ (36)</p> <p>„die neue Bundesregierung wird den Ausbau der erneuerbaren Energien zu einem zentralen Projekt ihrer Regierungsarbeit machen. Wir werden national, in Europa und international unsere Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik auf den 1,5-Grad-Pfad ausrichten und die Potenziale auf allen staatlichen Ebenen aktivieren“ (54)</p> <p>„Wir setzen uns weltweit für nachhaltige Entwicklung, den Kampf gegen Hunger und Armut, Klimagerechtigkeit, Biodiversität und für eine sozial-ökologische Wende ein“ (150)</p>
Nachhaltigkeit im Grundgesetz verankern	Keine Aussage
Ein Nachhaltigkeitsministerium einsetzen	Keine Aussage
Die Subventionspolitik von nicht-nachhaltigen Sektoren hin zu nachhaltigen Sektoren verschieben	<p>„Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass wir im Haushalt überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abbauen“ (162)</p> <p>„Die bestehende Besserstellung von Plug-In-Hybridfahrzeugen bei der sogenannten Dienstwagenbesteuerung wird für neu zugelassene Fahrzeuge stärker auf die rein elektrische Fahrleistung ausgerichtet“ (163)</p>
Die Entwicklungshilfe erhöhen	„Wir wollen sicherstellen, dass Deutschland seine internationalen Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und Internationalen Klimafinanzierung erfüllt. Wir werden

	<p>eine ODA-Quote von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) einhalten. In diesem Rahmen setzen wir 0,2 Prozent des BNE für die ärmsten Länder des Globalen Südens (LDC) ein. Zusätzlich sollen die Mittel für die internationale Klimafinanzierung weiter aufwachsen. Die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und Entwicklungszusammenarbeit sollen wie bisher im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen auf Grundlage des Haushaltes 2021“ (150)</p> <p>„Durch den Aufbau sozialer Sicherungssysteme wollen wir unsere Partnerländer aktiv im Kampf gegen Armut unterstützen. Wir wollen hierfür auch ein internationales Finanzierungsinstrument (Global Fund for Social Protection) für diejenigen Länder, die keine ausreichenden Ressourcen zur Verfügung haben, unterstützen“ (151)</p>
Die Kleinbauern im globalen Süden stärken	Keine Aussage
Sich dem Umbau zu einer nachhaltigen, grünen Wirtschaft verschreiben	<p>„Es gilt, die soziale Marktwirtschaft als eine sozialökologische Marktwirtschaft neu zu begründen“ (5)</p> <p>„Unser Ziel ist eine sozial-ökologische Marktwirtschaft“ (25)</p> <p>„Die Energiewende werden wir ohne den Abbau von ökologischen Standards forcieren“ (37)</p> <p>„Wir fördern die Kreislaufwirtschaft als effektiven Klima- und Ressourcenschutz, Chance für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze...In einer „Nationalen Kreiswirtschaftsstrategie“ bündeln wir bestehende rohstoffpolitische Strategien. Auf dieser Grundlage setzen wir uns in der EU für einheitliche Standards ein“ (41)</p> <p>„Wir wollen die Emissionen aus Ammoniak und Methan unter Berücksichtigung des Tierwohls deutlich mindern. Die Landwirte sollen auf den Weg zur Klimaneutralität im Rahmen des Umbaus der Nutztierhaltung unterstützt werden“ (43)</p> <p>„Wir werden die gesamte Landwirtschaft in ihrer Vielfalt an den Zielen Umwelt- und Ressourcenschutz ausrichten. Wir wollen eine Landwirtschaft im Einklang von Natur und Umwelt weiterentwickeln“ (46)</p> <p>„Wir werden das Klimaschutzgesetz noch im Jahr 2022 konsequent weiterentwickeln und ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit allen notwendigen Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen auf den Weg bringen“ (55)</p> <p>„im Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden wollen wir eine „Allianz für Transformation“ schmieden und in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die Transformation besprechen“ (64)</p> <p>„Wir prüfen, ob und inwieweit der Bund Kommunen bei überdurchschnittlichen Kosten beim klimagerechten Umbau unterstützen kann“ (129)</p>

	„Die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen werden wir weiterhin solidarisch unterstützen“ (129)
Langfristige Standards mit Partner*innen erarbeiten	s. oben (41) „Wir nutzen u.a. die deutsche G7-Präsidentschaft 2022 für eine Initiative zur Gründung von Klimapartnerschaften sowie eines für alle Staaten offenen internationalen Klimaclubs. Ziele sind u.a. Klimaneutralität, der massive Ausbau erneuerbarer Energien und deren Infrastruktur, die Produktion von Wasserstoff. Wir streben ein globales Emissionshandelssystem an, das mittelfristig zu einem einheitlichen CO <sub>2</sub> -Preis führt“ (63)
Verstöße konsequent international aufdecken und sanktionieren	„Wir ergreifen alle notwendigen Maßnahmen, um europarechtliche Verpflichtungen zur Minderung von Stickstoffeinträgen in Wasser und Luft sicher zu erreichen, und wenden damit Strafzahlungen an die EU ab“ (41)
Bürgernahe, politische Foren (z.B. Bürgerräte) dauerhaft nutzen und berücksichtigen	„Wir werden Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren. Dabei werden wir auf gleichberechtigte Teilhabe achten. Eine Befassung des Bundestages mit den Ergebnissen wird sichergestellt.“ (8) „Wir gewährleisten eine klare Zuordnung der politischen Verantwortung für gute frühzeitige Bürgerbeteiligung beim Netzausbau“ (60) „Wir suchen aktiv den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Herausforderung der internationalen Politik“ (144)
Gesetze zur Senkung klimaschädlicher Emissionen erlassen	„Wir unterstützen die Entwicklung von Kriterien für einen ökologischen Fußabdruck“ (Ernährung) (45) „Bis 2030 wollen wir 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren und innovative Antriebstechnologien unterstützen“ (49) „Zur Einhaltung der Klimaschutzziele ist auch ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung nötig. Idealerweise gelingt das schon bis 2030...dafür werden wir den für 2026 im Kohleausstiegsgesetz vorgesehenen Überprüfungsschritt bis spätestens Ende 2022 analog zum Gesetz vornehmen“ (58)
Innovation im Bereich Energie und Mobilität fördern (z.B. Verkehrswende)	„Wir wollen die Potentiale der Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit nutzen. Durch die Förderung digitaler Zwillinge helfen wir den Verbrauch an Ressourcen zu reduzieren. Wir werden Rechenzentren in Deutschland auf ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausrichten“ (18) „Wir wollen die 2020er Jahre zu einem Aufbruch in der Mobilitätspolitik nutzen und eine nachhaltige, effiziente, barrierefreie, intelligente, innovative und für alle bezahlbare Mobilität ermöglichen...die erforderlichen Entscheidungen zur Erreichung unsere Klimaschutzziele für

2030 und 2045 mit dem Ziel der Dekarbonisierung des Mobilitätsbereiches werden wir treffen und die praktische Umsetzung deutlich beschleunigen...dafür werden wir Infrastruktur ausbauen und modernisieren sowie Rahmenbedingungen für vielfältige Mobilitätsangebote in Stadt und Land weiterentwickeln“ (48)

„Mobilitätsforschung werden wir interdisziplinär aufwerten, das Zentrum Zukunft der Mobilität neu aufstellen und erweitern, sowie das Zentrum für Schienenverkehrsforschung stärken“ (51)

„wir wollen Länder und Kommunen in die Lage versetzen, Attraktivität und Kapazitäten des ÖPNV zu verbessern. Ziel ist, die Fahrgastzahlen des öffentlichen Verkehrs deutlich zu steigern“ (50)

„Digitale Mobilitätsdienste, innovative Mobilitätslösungen und Carsharing werden wir unterstützen und in eine langfristige Strategie für autonomes und vernetztes Fahren öffentlicher Verkehre einbeziehen“ (50)

„Wir werden den Transformationsprozess der deutschen Automobilindustrie vor dem Hintergrund von Digitalisierung und Dekarbonisierung unterstützen“ (51)

„Wir werden den Nationalen Radverkehrsplan umsetzen und fortschreiben, den Ausbau und die Modernisierung des Radwegenetzes sowie die Förderung kommunaler Radverkehrsinfrastruktur vorantreiben“ (53)

„Wir wollen die deutsche Luftverkehrswirtschaft und -industrie als Schlüsselbranchen nachhaltig und leistungsfähig weiterentwickeln, in einem umfassenden Beteiligungsprozess ein Luftverkehrskonzept 2030+ zur Zukunft der Flughäfen in Deutschland erstellen, die Schienenanbindung von Drehkreuzen fördern und durch bessere Bahnverbindungen die Anzahl von Kurzstreckflügen verringern“ (53)

„Einnahmen aus der Luftverkehrssteuer werden wir für die Förderung von Produktion und Einsatz von CO<sub>2</sub>-neutralen strombasierten Flugkraftstoffen sowie für Forschung, Entwicklung und Flottenmodernisierung im Luftverkehr einsetzen“ (54)

„Alle geeigneten Dachflächen sollen künftig für die Solarenergie genutzt werden“ (56)

„Die Bioenergie in Deutschland soll eine neue Zukunft haben“ (58)

„Wir stärken die Bürger-Energie als wichtiges Element für mehr Akzeptanz“ (58)

„die bis zur Versorgungssicherheit durch erneuerbare Energien notwendigen Gaskraftwerke müssen so gebaut werden, dass sie auf klimaneutrale Gase (H<sub>2</sub>-ready) umgestellt werden können“ (59)

„Wir wollen den Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft und die dafür notwendige Import- und Transportinfrastruktur möglichst schnell vorantreiben“ (60)

Nachhaltigkeitszertifizierung und Kriterien für die Transparenz der Lieferketten verpflichtend einführen	Keine Aussage
Den Konsum nachhaltiger Produkte durch Preisregulierung, Vergünstigungen und Subventionierung fördern	Keine Aussage
Nicht-nachhaltige, klima- und gesundheitsschädliche Produkte und Produktionsketten nicht mehr fördern	„Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass wir im Haushalt überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abbauen“ (162)
Den Konsum von Fleisch und tierischem Eiweiß reduzieren	„Wir stärken pflanzliche Alternativen und setzen uns für die Zulassung von Innovationen wie alternative Proteinquellen und Fleischersatzprodukten in der EU ein“ (45)
Im Ausland produzierte Produkte den gleichen Bedingungen wie in Deutschland unterstellen	„Wir unterstützen die Einführung eines europaweit wirksamen CO <sub>2</sub> -Grenzausgleichsmechanismus oder vergleichbarer wirksame Instrumente“ (25) „Lebendtiertransporte in Drittstaaten werden künftig nur erlaubt, wenn sie auf Routen mit nachgewiesenen tierschutzgerechten Versorgungseinrichtungen stattfinden“ (44) „Wir werden von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch machen, den Export von bestimmten Pestiziden zu untersagen, die in der EU aus Gründen des Schutzes der menschlichen Gesundheit nicht zugelassen sind“ (151)
Lebensmittelvernichtung verbieten und die Produktion am Bedarf orientieren	„Wir werden gemeinsam mit allen Beteiligten die Lebensmittelverschwendung verbindlich branchenspezifisch reduzieren, haftungsrechtliche Fragen klären und steuerrechtliche Erleichterung für Spenden ermöglichen“ (45)
Lebensmittelpreise fair abbilden, sodass Erzeuger zu angemessenen Preisen produzieren können	„Wir unterstützen fairen Wettbewerb mit fairen Preisen im Lebensmittelmarkt...wir gehen gegen unfaire Handelspraktiken vor und prüfen, ob der Verkauf von Lebensmitteln unter Produktionskosten unterbunden werden kann“ (48)
Höhere Lebensmittelpreise sozial abfedern	Keine Aussage
EU-Gelder und Subventionen nur für nachhaltige Agrarwirtschaft bereitstellen	Keine Aussage
Entwicklungszusammenarbeit auf das Recht auf Nahrung, die Stärkung kleinbäuerlicher Landwirtschaft sowie Verbesserung der Infrastruktur fokussieren	„Ernährungssicherheit und den Zugang zu sauberem Trinkwasser fördern wir mit nachhaltigen agrarökologischen Ansätzen sowie Wissens- und Technologietransfer gerade im Bereich kleinbäuerlicher Agrarwirtschaft“ (151)
Die Agrarwirtschaft und ihre Lieferketten kontrollieren, um die Produktion von Lebensmitteln vor anderen Nutzungsformen zu priorisieren, Überproduktion und Verschwendung zu vermeiden und Exporte aus Europa zu Dumpingpreisen in Entwicklungsländer zu unterbinden	Keine Aussage

Durch klare politische Vorgaben und finanzielle Förderung Forschung und Entwicklung im nachhaltigen Bereich gemeinsam mit der EU als oberste Priorität vorantreiben	„Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften fördern wir beidseitigen Wissens- und Technologietransfer, den Ausbau Erneuerbarer Energien mit eigenständiger Wertschöpfung und lokalen Nutzungsmöglichkeiten, nachhaltige Infrastruktur und weitere Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in unseren Partnerländern“ (151)
Benachteiligte Staaten in Kooperation fördern und befähigen, Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen	Keine Aussage
Grundlagenforschung und Innovationen vorantreiben und fördern	„Wir verstärken Forschung und Förderung zu klimarobustem Pflanzenbau“ (47)
Nachhaltige Technologien, Energien, Industrien und die Kreislaufwirtschaft finanziell fördern	„Wir setzen uns für die Gründung einer Europäischen Union für grünen Wasserstoff ein. Dazu wollen wir das IPCEI Wasserstoff schnell umsetzen und Investitionen in den Aufbau einer Wasserstoffnetzinfrastruktur finanziell fördern“ (26) „Wir fördern in Deutschland die Produktion von grünem Wasserstoff“ (26) „Wir werden die Grundlagen schaffen, den Einsatz grauer Energie sowie die Lebenszykluskosten verstärkt betrachten zu können. Dazu führen wir u.a. einen digitalen Gebäuderessourcenpass ein. So wollen wir auch im Gebäudebereich zu einer Kreislaufwirtschaft kommen“ (90)
Mit anderen Ländern durch Technologie- und Wissenstransfer kooperieren	„Wir stärken die Science Diplomacy durch internationale Kooperation und Austausch“ (126)
Andere Staaten durch Entwicklungszusammenarbeit Hilfe zur Selbsthilfe leisten und dadurch zukünftige Kooperationen ermöglichen	„In der Entwicklungszusammenarbeit arbeiten wir mit unseren Partnern am Aufbau ihrer unabhängigen digitalen Infrastruktur zur Stärkung ihrer digitalen Souveränität, auch auf EU-Ebene“ (144)
Ein positives Image von Nachhaltigkeit und Klimaschutz schaffen, Motivation durch Anerkennung und Wertschätzung für positives nachhaltiges Verhalten fördern	Keine Aussage
Humanismus, internationale Solidarität und Partnerschaften mit anderen Ländern fördern	Keine Aussage
Politische Entscheidungen unabhängig von Partikularinteressen fällen	Keine Aussage
Ein verpflichtendes Unterrichtsfach Nachhaltigkeit einführen und Nachhaltigkeit lehrplanübergreifend in allen Bildungseinrichtungen und durch Weiterbildungsangebote in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereichen etablieren	Keine Aussage

